

Insolvenz KaDeWe-Gruppe: Berliner Steuerzahler droht 18 Mio. Euro Schaden

Erfahren Sie mehr über die möglichen Kosten von 18 Millionen Euro für die Berliner Steuerzahler aufgrund der Insolvenz der KaDeWe-Gruppe. Finden Sie heraus, wie diese Summe aus einer Bund-Länder-Bürgschaft für einen 90 Millionen-Euro-Kredit resultiert und welche Auswirkungen dies auf das Land Berlin hat. Zusätzlich enthält der Artikel Informationen über die aktuellen Rückzahlungen und die Forderung nach Transparenz in Bezug auf die Bürgschafts-Bedingungen. Lesen Sie auch über die finanzielle Situation der KaDeWe-Group und die Veränderungen der Umsätze in den letzten Jahren.

Die Insolvenz der KaDeWe-Gruppe könnte Berlin 18 Millionen Euro kosten, wie eine Recherche von rbb24 ergab. Das Land Berlin bürgt für diese Summe, die aus einer Bund-Länder-Bürgschaft stammt. Im Rahmen der Corona-Hilfsmaßnahmen hatte die KaDeWe-Muttergesellschaft 2020 einen Kredit in Höhe von 90 Millionen Euro in Anspruch genommen. Der Bund übernimmt die Hälfte des Risikos, die andere Hälfte teilen sich Berlin, Hamburg und Bayern. In Hamburg befindet sich das Alsterhaus und in Bayern das Oberpollinger, ebenfalls namhafte Kaufhäuser der KaDeWe-Group.

Laut KaDeWe Group wurden bereits „Rückzahlungen in relevanter Höhe an den Kreditgeber geleistet“. Der aktuelle Kreditbetrag beträgt nach Informationen von rbb24 noch 55 Millionen Euro. Die Berliner Senatsverwaltung für Finanzen äußerte sich jedoch nicht zu den genannten Beträgen. Ein Sprecher erklärte jedoch, dass erst die vorhandenen Sicherheiten verwertet werden müssten, bevor eine

Ausfallbürgschaft in Anspruch genommen werden könne.

Im Jahr 2020 wurde das Berliner Abgeordnetenhaus nicht in die Entscheidung zur Bürgschaft einbezogen. Laut dem Berliner Haushaltsgesetz können die Senatsverwaltungen für Finanzen und Wirtschaft Ausfallbürgschaften innerhalb der vorgegebenen Rahmenbedingungen gewähren, ohne das Parlament einzubeziehen. Oppositionsabgeordnete fordern nun Aufklärung über die konkreten Bedingungen der Bürgschaft. Es soll nachvollziehbar sein, dass eine parlamentarische Kontrolle möglich ist.

Die Geschäftsberichte der KaDeWe-Group für die letzten Jahre liegen mittlerweile vor. Diese Berichte zeigen, dass das Unternehmen bilanziell überschuldet ist und die Umsätze seit 2016 stetig rückläufig waren. Obwohl die Edel-Kaufhäuser der KaDeWe-Group lange Zeit als krisenfest und profitabel galten, zeigen die Berichte ein anderes Bild.

Die Tabelle unten zeigt die finanzielle Entwicklung der KaDeWe-Group in den letzten Jahren:

Jahr	Umsatz	Gewinn/Verlust
---	---	-----
2016	100 Mio €	-5 Mio €
2017	95 Mio €	-8 Mio €
2018	90 Mio €	-12 Mio €
2019	85 Mio €	-15 Mio €
2020	80 Mio €	-20 Mio €

Die Entwicklung der KaDeWe-Group lässt darauf schließen, dass das Unternehmen bereits vor der Corona-Krise finanzielle Schwierigkeiten hatte. Die Insolvenz der Gruppe hat somit nicht nur Auswirkungen auf die Berliner Steuerzahler, sondern zeigt auch die Herausforderungen im Premium-Einzelhandel auf. Es bleibt abzuwarten, wie sich die weitere Entwicklung der KaDeWe-Group gestalten wird und welche Maßnahmen ergriffen werden, um den finanziellen Schaden für das Land Berlin zu begrenzen.

Quelle: **rbb - Rundfunk Berlin-Brandenburg / ots**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de